

Preussische Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Nr. 23

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend.
Abonnementspreis (inkl. 1,50 pro Quartal).
Redaktion und Expedition: Hamburg 25,
Klaus-Groth-Strasse 1, Fernspr. 5, 9244.

Hamburg, den 5. Juni 1915

Anzeigen folgen die fünfgespaltene Non-
pareillezeile oder deren Raum 50 Pfg. (Der
Betrag ist stets vorher einzusenden).
Verbandsanzeigen kosten 25 Pfg. die Zeile.

29. Jahrg.

Weg mit den Ausnahmegeetzen, her mit der Gleichberechtigung!

II.

Vor kurzem hat der bekannte Freiherr v. Zedlitz, der Führer der Prekonserverativen in Preußen, sich in einem Zeitungsartikel mit unserm Thema ausführlich beschäftigt, und zwar verlangt er eine Neugestaltung unserer inneren Politik zugunsten der proletarischen Unterschichten. Diese Neugestaltung, die zu einer unabwehrbaren Notwendigkeit geworden sei, müsse sich das Ziel setzen, jene Einmütigkeit in vaterländischer Gesinnung, zu der unser gesamtes Volk sich beim Ausbruch des Krieges aufgeschwungen habe, und die daraus entspringende sittliche Kraft als dauernde Erziehungskraft für alle Betten zu erhalten. Als Wege zu diesem Ziele werden seitens der Arbeiter vor allem die Beseitigung aller Ausnahmegeetze und aller behördlicher Ausnahmemaßregeln sowie die volle Demokratisierung unserer staatlichen Einrichtungen gefordert. Was den ersten Punkt anbetrifft, so kommt der einflussreiche Staatsmann zu einem ähnlichen Ergebnis wie der Minister Dr. Delbrück. Er schreibt nämlich: „Darüber kann kein Zweifel bestehen, daß die Gesetze und Verordnungen, durch die ein Teil unserer Volksgenossen sich beschwert fühlt, auf das sorgsamste daraufhin zu prüfen sind, ob die tatsächlichen Voraussetzungen, die zu ihrem Erlaß geführt haben, noch fortbestehen. Soweit dies nicht mehr der Fall ist, erscheint ihre Beseitigung geboten. Diese Prüfung wird frei von Engerbzigkeit und Vorurteilen im vollen Vertrauen auf den gesunden Sinn unseres Volkes zu erfolgen haben.“ Offenbar ist in diesen Sätzen eine deutliche Absage enthalten an jene frühere Staatsweisheit, die darin gipfelte, das Volk durch Polizeimaßregeln und Ausnahmegeetze im Zaume zu halten. Es scheint also, als ob der Krieg auch in den Köpfen der verhöhrtesten Reaktionen und der konservativsten Volkseinde eine Umwälzung vollzogen hat. Schon daß von einem vollen Vertrauen auf den gesunden Sinn unseres Volkes gesprochen wird, beweist zur Genüge, daß es überall zu dämmern beginnt. Wir dürfen demnach hoffen, daß unsere Forderung, die Ausnahmegeetze zu beseitigen, auch in den Reihen der konservativen Unterstützung finden wird. Diese Unterstützung wird um so wertvoller sein, weil Freiherr v. Zedlitz und seine Freunde in Regierungskreisen einen weitreichenden Einfluß besitzen. Ihre Fraktion ist zwar an Zahl klein, aber ihr Einfluß steht im umgekehrten Verhältnis zu ihrer Größe.

Wenn nun auch Freiherr v. Zedlitz eine Beseitigung der Ausnahmebehandlung der Arbeiter durch Polizei und Gerichte für wünschenswert hält, so kann er sich mit der Demokratisierung unseres Staatswesens nicht befreunden. Er kann sich nicht damit einverstanden erklären, daß die Volksmassen, obgleich sie gegenwärtig Blut und Leben fürs Vaterland zum Opfer bringen, in der kommenden Zeit nach dem Kriege das Mitbestimmungsrecht in Staat und Gemeinde bekommen. Diese Entwicklung zur Demokratie erscheint ihm als eine Sünde gegen das Preußentum und dem Dismarckschen Geist. Er meint, daß die Demokratisierung unseres öffentlichen Lebens geeignet sei, die bestehenden Gegensätze noch zu verschärfen und daß sie die Gefahr in sich birgt, die nach Bildung und Besitz maßgebenden Kreise unseres Volkes unter die Herrschaft der Masse zu bringen. Die Masse werde zu einem Hammer, der auf die andern Schichten wie auf einen Anboß niederhämmere, sie werde durch eine planmäßige Sozialisierung und Verstaatlichung Mittelstand, Großindustrie und Grundbesitz vernichten und dadurch einen vollständigen Umsturz unserer staatlichen und wirtschaftlichen Ordnung herbeiführen. Eine solche Entwicklung sei geeignet, den inneren Frieden aufs schwerste zu gefährden und ununterbrochene Kämpfe zwischen den verschiedenen Volksschichten herbeizuführen, was eine Schwächung unseres Staates zur Folge haben müsse.

Diese Befürchtung, die grau in grau malt, erscheint uns durchaus unbegründet, denn kein vernünftiger Arbeiter denkt daran, daß das Proletariat eine einseitige Diktatur über alle andern Staatsbürger ausüben solle, um sie zu entrechten. Dieses Zerbild einer Demokratie, das jedesmal auf der Bildfläche erscheint, wenn die Arbeiterklasse ihr Mitbestimmungsrecht fordert, hat nichts mit der Wirklichkeit gemein; denn in Wirklichkeit besagt das Wort Demokratie weiter nichts als die Beseitigung einer jeden staatlichen Bevormundung und die Beteiligung der breiten Schichten des Volkes an der Ausgestaltung unserer öffentlichen Angelegenheiten. Die deutschen Arbeiter besitzen viel zu viel politische Schulung, als daß sie im Ernst versuchen sollten, eine neue Klassenherrschaft aufzurichten und den bisherigen Anboß zum Hammer zu machen. Sie erstreben vielmehr die Gleichberechtigung aller Staatsbürger ohne Ansehen des Standes und Vermögens; der Grundsatz: Gleiches Recht für alle! soll in einem demokratischen Staatwesen seine Verwirklichung finden.

Trotz seiner Abneigung gegen die Demokratie, der offensichtlich ein weitverbreitetes Mißverständnis zugrunde liegt, gelangt Freiherr v. Zedlitz dennoch zu einem Ergebnis, das durchaus demokratisch klingt. Er meint nämlich, es sei für einen Staatsmann unabwiesbare Pflicht, die Stimmungswerte, die augenblicklich in unserm Volke vorhanden seien, bei der Neugestaltung unserer Politik geblühend zu berücksichtigen. Die allgemeine Stimmung, die die Einmütigkeit aller Volksgenossen geschaffen hat, verlangt dringend einen Ausgleich zwischen den Rechten und Pflichten der verschiedenen Schichten eines Volkes. Licht und Schatten müssen gerecht verteilt werden zwischen der heftigen Mehrheit und dem übrigen Volke; wie in den Tagen Napoleons jeder Soldat seinen Marschallstab im Tornister trug, so muß auch heute jeder Mensch die Möglichkeit haben, sich emporarbeiten zu können und sich diejenige Stelle in der Welt zu suchen, wozu er nach seinen Fähigkeiten geeignet ist. Es kommt also darauf an, daß alle Hindernisse beseitigt werden, die den Wettbewerb des einzelnen in seinem Vorwärtstreiben erschweren oder ganz unmöglich machen. Wörtlich heißt es da: „Bei der entscheidenden Bedeutung der Bildung für das Emporsteigen im öffentlichen wie im Erwerbtleben ist hierzu in erster Linie erforderlich, daß den Beschloßen, Kraft und Befähigung vorausgesetzt, die völlig gleiche Bildungsmöglichkeit eröffnet wird wie den besitzenden Volksgenossen. Die zweite aus dem Grundgedanken sich ergebende Folgerung ist, daß für die Anstellung und das Aufrücken im öffentlichen Dienst neben sittlicher Tadellosigkeit allein Befähigung und Eignung für den betreffenden Dienst, nicht aber Vermögen, Zugehörigkeit zu bestimmten sozialen Kreisen, Klüngel und dergleichen fortan entscheidend sein soll.“ Hier haben wir eine demokratische Forderung im wahrsten Sinne des Wortes: Gleichberechtigung für die tüchtigen Elemente in unserm Volke ohne Rücksichtnahme auf Herkunft, Geld und Vettertschaft. Leider hat man bislang diesen sehr vernünftigen Grundsatz schönede mit Füßen getreten. Es ist ja eine bekannte Tatsache, daß man die große Masse des Volkes, in der doch eine ungeheure Summe von Befähigung und Kraft steckt, absichtlich und planmäßig von dem freien Wettbewerb ausgeschlossen hat. Die besitzenden Klassen hatten das Bildungsmonopol, so daß es deren Angehörigen möglich war, sich besser für den Wettbewerb im Vorwärtstreiben auszurüsten, sie hatten (und haben) auch in bezug auf Geldmittel ein Monopol, das ihnen im wirtschaftlichen Leben einen großen Vorsprung gewährt vor den Angehörigen der beschloßenen Klassen, und sie haben endlich auch noch ein gesellschaftliches Monopol, kraft dessen sie alle jene von dem freien Wettbewerb ausschließen, die nicht dazu gehören. Dieses dreifache Monopol lastet auf unserm Volke, und es wäre sehr erfreulich, wenn Freiherr v. Zedlitz und seine Freunde mit helfen wollten, in dies Monopol eine Bresche zu legen.

Unter dem Einfluß des Krieges zeigen Regierungen und bürgerliche Parteien der Arbeiterklasse ein größeres

Entgegenkommen als jemals vorher, indem sie sich den Forderungen der Arbeiterorganisationen gegenüber nicht mehr schroff ablehnend verhalten. Wenn dieses Entgegenkommen praktische Erfolge zeitigen soll, so bedarf es dazu einer starken, in sich geschlossenen Arbeiterbewegung; denn die Gestaltung unserer Zukunft wird nach wie vor im wesentlichen bestimmt durch die Kraft, die wir aufzubringen vermögen. Aus diesem Grunde sind die Quertreiber in unsern Reihen so gefährlich, weil sie durch ihre theoretischen Spiegelschereien und den praktischen Kampf erschweren. Außerdem leiten sie durch ihre bramarbasierenden, scheinrevolutionären Nebenarten den Scharfmachern Wasser auf ihre Mühle, die sich über nichts mehr freuen, als wenn gewisse Leute den Mund recht voll nehmen und dadurch ängstliche Gemüter ins Bodenhorn jagen. Bedauerlicherweise sind augenblicklich in der deutschen Arbeiterbewegung Kräfte an der Arbeit, die bewußt oder unbewußt, bezahlt oder ohne Entgelt die Geschäfte der Reaktion und des Scharfmachertums besorgen.

Erhebung.

Noch nie haben wir ein solch großes, alle erfassendes seelisches Leben gefunden wie jetzt zur Kriegszeit. Da gibt es nicht einen, der nicht mit ganzem Herzen die Entwicklung der Weltgeschichte verfolgt, der sich nicht von Herzen freut, wenn er Gutes liest oder andernfalls von Herzen die Ereignisse bedauert. Ein einiges starkes Gefühl erhebt sie alle, erfüllt das ganze Leben zurzeit mit höherem Gehalt. Ein gewaltiges Sinnen und Sehnen hat sie alle erfasst, ein nie gekanntes Gefühlleben ist zu verspüren.

Kann solch ein seelisches Leben nicht auch nach dem Kriege möglich sein, kann es nicht stets unser Leben erfüllen? Gewiß ist das möglich, doch muß erst die Voraussetzung hierfür geschaffen werden. Würde sich das ganze, große Volk wohl so erheben können, wenn das persönliche Interesse eines einzelnen in Frage käme? Wahrhaftig nicht. Ja, würde sich überhaupt ein einzelner erheben können, wenn es sich um nichts anderes handelt, als um eigene persönliche Interessen? Eine Erhebung, ein ganzes, gewaltiges, seelisches Aufgehen in eine Sache ist nur möglich, wenn das Herz erfüllt ist von der Idee eines einen großen Ganzen. Nur die Volksgemeinschaft vermag das Herz entbrennen zu lassen und zu begeistern. Wenn also unser ganzes Leben, all unser Schaffen, Fühlen und Denken beseelt sein soll, dann muß all dieses Schaffen, Fühlen und Denken dem Ganzen gelten.

Was aber heißt das? Das bedeutet die Notwendigkeit eines Volksstaates, in dem durch die Vergesellschaftung der Produktionsmittel jedes eigennützige Interesse unmöglich ist und alles Tun und Treiben dem Wohle des Ganzen gilt. Die Arbeit für persönliche Interessen eines einzelnen, die uns das heutige Leben so nüchtern und gefühllos macht, sie wird dann unter den günstigen Bedingungen eine Arbeit sein für die Gesamtheit und so unser Leben beseelen mit edlem, erbauendem Geiste. Ein hoher religiöser Dienst, im natürlichsten und erhabensten Sinne des Wortes, wird dann unser Leben sein, und die Freude am Leben und das tiefe Genießen all der gemeinsamen Menschheitsbande, sie werden dann unendlich mehr sein als die heutige Erhebung der Herzen, sie werden kein hoffend-hangendes Fühlen sein, sondern ein tief ergreifendes, tief empfundenes Gemeinschaftsglück.

Die Unfälle bei den Bauten im Jahre 1913.

Die amtliche Statistik der Unfallversicherung für 1913 ist infolge des Krieges beträchtlich später als sonst veröffentlicht worden. Die Mobilmachung hat eben auch in das Personal der amtlichen Rechenabteilungen große Lücken gerissen. Der Wert dieses Zahlenmaterials für den Arbeiterschutz ist be-

faamt. Zur Uebersicht seien hier einige zusammengefaßte Zahlen wiedergegeben.

Die gewerblichen und landwirtschaftlichen Berufsvereinigungen hatten im Rechnungsjahre 1913 insgesamt 789 373 Unfälle zu verzeichnen. Davon waren 189 638 entschädigte Unfälle mit 10 293 Tödtlichverletzten. Von den entschädigten Verletzten wurde bei 368 eine dauernd völlige, bei 46 751 eine dauernd teilweise und bei 82 721 eine vorübergehende Erwerbsunfähigkeit festgestellt. Die Summe der Entschädigungsbeträge betrug 1913 M. 175 350 766 gegen M. 117 246 500 vor zehn Jahren, im Jahre 1903. Die industrielle Entwicklung in Deutschland, die durch den jetzigen Kriegszustand mit einer vorübergehenden Unterbrechung erfahren wird, treibt unfällig, trotz aller Schutzgelege, auf eine kolossale Steigerung der gewerblichen Gefahren hin, die eine ungeheure Aufblähung der Unfallzahlen zur natürlichen Folge hat. Im Jahre 1903 hatte die Gesamtzahl der Verletzten mit 630 507 schon eine halbe Million überschritten und in einigen Jahren wird die amtliche Statistik eine Million Unfälle und mehr — für ein Jahr — feststellen können. Man dem Kriege wird die brutale Größe dieser Zahlen die Veranlassung geben müssen, den großen Verlust von hochwertigem Menschenmaterial durch den gefehlichen Arbeiterschutz wieder auszugleichen. Der Schutz gegen Berufserkrankungen, Vorkrankheiten, Frauenleiden und gegen Kindersterblichkeit wird dann ebenfalls eine großzügige Erweiterung erfahren müssen. Im übrigen sind diese Maßnahmen nicht allein vom humanitären, sondern auch vom materiellen Standpunkt zu betrachten; unsere wirtschaftliche Sicherstellung auf dem Weltmarkt wird es dringend erforderlich machen. Nicht umsonst wurde vor einigen Monaten aus dem Reichsversicherungsamt geschrieben: „Es mag manchem wenig verständlich oder sogar überflüssig erscheinen, in einer Zeit, in der Millionen von Menschen vernichtet oder schwer geschädigt werden, an Einrichtungen und Maßnahmen zu denken, durch die Leben und Gesundheit bei der normalen Arbeit zu schützen sind. Aber die Arbeiter haben nach wie vor ein Recht auf Schutz vor Arbeitsgefahren und Menschenleben bleiben uns kostbar zu jeder Zeit. Wenn der männerwerdende Krieg uns Hunderttausende kräftiger Volksgenossen nimmt, so muß es um so mehr unsere Sorge sein, anderen Gefahren energisch zu begegnen. Diese Gefahren treten aber jetzt in höherem Grade auf als zu friedlicher Zeit. Zahlreiche Betriebe, die für den Kriegsbedarf tätig sind, arbeiten angezogen, viele ununterbrochen Tag und Nacht und dazu mit ungelerten Arbeitern. Es darf daher die Unfallverhütungsvorsorge nicht unterbrochen werden.“

Seit den 15 deutschen Baugewerks-Vereinigungen, einschließlich der staatlichen Bauverwaltungen, waren im Jahre 1913 1 402 921 Vollarbeiter gemeldet; diese verteilten sich auf 198 678 Betriebe. Für 84 855 Verletzte wurde 1913 Unfallanzeige erstattet; davon erhielten im Laufe des Rechnungsjahres 14 327 zum ersten Male eine Entschädigung. Als Folge der Verletzung waren zu registrieren in 1283 Fällen Tod, in 61 Fällen völlige Erwerbsunfähigkeit, in 3694 Fällen teilweise Erwerbsunfähigkeit und in 9309 Fällen vorübergehende Erwerbsunfähigkeit.

Für den Erlaß von Unfallverhütungsvorschriften sind im Jahre 1913 M. 18 029,64 Kosten erwachsen, für die Ueberwachung der Betriebe M. 756 307,39; dafür haben 257 481 Millionen haufgefunden. Die allgemeinen Verwaltungskosten im Berichtsjahre betragen M. 3 756 723,29. Die Summe der Entschädigungsbeträge (Unfallentschädigung) beläuft sich auf M. 23 298 775,42. Trotz des Rückganges in der Zahl der beschäftigten Vollarbeiter sind die „verdienenden Jahre“ in den letzten Jahren wieder beträchtlich gestiegen. 1911 betrug diese Summe insgesamt M. 1 587 961 692, rechnend 1913 M. 33 497 403 mehr als 1911; das ist zweifellos ohne ein recht ansehnlicher Erfolg. Der Löwenanteil von dieser Summe entfällt wieder auf die Tiefbau-Berufsvereinigungen. Vergessen darf aber hierbei nicht werden, daß von den Tiefbauunternehmungen eine große Zahl von Hoch- und Eisenarbeiten aller Art ausgeführt wird. Das Tiefbaugewerbe erweist sich gegenüber den übrigen handwerklichen Unternehmungen infolgedessen in einer günstigeren Lage, weil als Auftragsgeber die Ausführungsbehörden der Bundesstaaten, die Provinzial- und Kommunalbehörden in Frage kommen. Das sind zuverlässige Auftraggeber, mit dem Bauwindel und einer Funktionseinstellung hat das Tiefbaugewerbe weniger zu rechnen. Wie in den früheren Jahren, so muß auch zu dem Verdienst der Unfallzahlen für 1913 wieder darauf hingewiesen werden, daß ein beachtenswerter Rückgang gegenüber den Zahlen von 1912 nicht eingetreten ist. An erster Stelle verdient auch hier wieder die Tiefbau-Berufsvereinigungen Beachtung verdient auch die Zahlen über die Unfälle bei den Eisen- und Stahl-Berufsvereinigungen für 1913. Die folgende Zusammenstellung gibt hierzu eine allgemeine Uebersicht:

Table with 3 columns: Beruf, Anzahl Unfälle, Anzahl Verletzte. Rows include Eisen- und Stahl-Berufsvereinigungen, Tiefbau-Berufsvereinigungen, etc.

Wie aus der Zahl der Unfälle bei den Montage- und Eisenarbeiten zu erhellen ist, darüber gibt die amtliche Statistik keine Auskunft. All-

gemein ist bekannt, daß die schutzlose Ausführung dieser Bauten ungeheure Opfer an Menschenleben und Gesundheit kostet. Es soll nicht verkannt werden, daß die größere Zahl der Baugewerks-Berufsvereinigungen auf dem Gebiete der Unfallverhütung nicht unbeträchtliche Anstrengungen machen. Die Ausgaben für die Ueberwachung der Betriebe ist in den letzten Jahren beträchtlich gestiegen. Bei diesen Ausgaben ist aber darauf hinzuweisen, daß von den 188 angestellten technischen Aufsichtsbeamten 181 mit als Rechnungsbeamte funktionieren, also als Revisoren auch die finanziellen Interessen der Baugewerks-Berufsvereinigungen mit wahrnehmen müssen.

Im letzten Jahre sind die Normal-Unfallverhütungsvorschriften für die Baugewerks-Berufsvereinigungen veröffentlicht worden. Diese Vorschriften, die eine große Zahl von wertvollen Schutzbestimmungen enthalten, haben keine gefehliche Geltung; sie sollen den Baugewerks-Berufsvereinigungen nur als einheitliche Grundlage und möglichst einzuhaltende Richtschnur für die Aufstellung von Unfallverhütungsvorschriften dienen. Wie in dem Geschäftsbericht des Reichsversicherungsamtes für 1914 mitgeteilt wird, sind die Arbeiten für die Aufstellung von Normal-Unfallverhütungsvorschriften für die Eisen- und Stahlberufsvereinigungen unter Mitwirkung des Amtes fortgesetzt worden. Wegen des Kriegszustandes hat jedoch der Verband dieser Berufsvereinigungen von einer weiteren Verhandlung über diesen Entwurf abgesehen. Ob bei den vorerwähnten Beratungen die Vertreter des Metallarbeiterverbandes auch gehört worden sind, darüber wird in dem amtlichen Bericht nichts mitgeteilt. Wir wollen nicht unterlassen, auch hier zu würdigen, daß die leitenden Personen im Reichsversicherungsamt bei ihrer vielseitigen Tätigkeit auf dem Gebiete der Sozialgesetzgebung und der Volkshygiene eine immerhin anzuerkennende Liberalität bekunden. Man sollte daher auch erwarten können, daß gegenüber den Vertretern der Arbeiterinteressen und der baugewerblichen Gewerkschaftsorganisationen ähnlich verfahren wird. Sollten sich zur Wahrnehmung der Unfallverhütung nicht in einer „unverbindlichen“ Form Ausdrücke herbeiführen lassen? Sie werden ja mit den Herren Unternehmern ohne Schwierigkeiten ermöglicht! Die Reichsversicherungsordnung verbietet dem Amt ein derartiges vertrauensverweckendes Vorgehen nicht.

In dem reichsversicherungsamtlichen Bericht wird dann im weiteren mitgeteilt, daß der Berufsvereingung für Feinmechanik und Elektrotechnik ein Nachtrag zu den besonderen Unfallverhütungsvorschriften für Montagebetriebe (Installation) die Genehmigung erteilt worden und daß dieser Nachtrag mit dem 1. Januar 1915 in Kraft getreten ist. Ueber die Entwürfe abgeänderter Unfallverhütungsvorschriften der Nordöstlichen, der Schlesisch-Posenischen, der Hannoverischen, Magdeburgischen, Thüringischen, der Rheinisch-Westfälischen, Württembergischen und der Südwestlichen Baugewerks-Berufsvereingung wurde beraten. Die Verhandlungen über diese Vorschriften der Hesse-Nassauischen Baugewerks-Berufsvereingung und der Tiefbau-Berufsvereingung sind ebenfalls noch nicht abgeschlossen. Wie dadurch bekannt wird, haben sich auf dem Gebiete der Unfallverhütung schon wichtige Dinge abgespielt, von denen wir nur zum Teil unterrichtet sind. Es wird nach dem Kriege unsere Aufgabe sein müssen, sofort mit einer regen Tätigkeit einzusetzen. Hier wird viel nachzuholen sein. Außer der berückichtigten Schutzlosigkeit der Arbeiter bei Eisenbauten ist ebenso ein Vorgehen für besseren Schutz bei Dacharbeiten dringend erforderlich. Zu der letzteren Sache hat das preussische Ministerium der öffentlichen Arbeiten einige Wochen vor Ausbruch des Krieges die unterstellten Behörden ersucht, in die Baupolizeiordnungen Bestimmungen dahingehend aufzunehmen, daß auf den Dächern ausreichende Sicherheitsvorkehrungen angebracht werden, um das Abstürzen der Arbeiter zu verhindern. Die Baupolizeiverordnung für die Vororte von Berlin vom 30. Januar 1912 enthält diese Vorschrift bereits. Im § 33, Absatz 6, ist bestimmt, daß bei Dächern von mehr als 45 Grad Neigung Leiterhaken aus sicheren Stoffen in genügender Zahl anzubringen sind. Was dieses Vorgehen bietet, ist nicht viel und reicht auf keinen Fall aus. Hier wird von uns mehr gefordert, was erstmals durch die Petition des Dachdeckerverbandes geschehen ist. Später wird weiter nachgegriffen werden müssen.

Kriegsarbeitsgemeinschaft für das Baugewerbe. Geschäftsstelle des Zentralauschusses: Berlin SW 11, Bernburger Straße 21. III. Im Monat April dieses Jahres sind noch folgende Antworten von Ministerien deutscher Bundesstaaten auf die Eingaben, betreffend Unterstützung unserer Bestrebungen, eingegangen: Großherzoglich-Heßisches Ministerium der Finanzen, Abteilung für Bauwesen vom 19. April 1915. — K. M. B. 3589 — Auf die Eingabe an Großherzogliches Staatsministerium vom 1. März dieses

Jahres geben wir Ihnen von der aus der Anlage ersichtlichen Anweisung an die uns unterstellten Behörden Kenntnis.

Anlage. In sämtliche unterstellten Behörden, einschließlich der Großherzoglichen Kreisbauinspektoren. Um vermehrte Arbeitsgelegenheit im Kriege zu schaffen, haben die beteiligten Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände des Baugewerbes eine Kriegsarbeitsgemeinschaft für das Deutsche Reich mit einer Anzahl Bezirks- und Ortsauschüssen gebildet.

Der Bezirksauschuss für das Großherzogtum Hessen hat seinen Sitz in Frankfurt a. M.; ferner bestehen in den größeren und mittleren Städten Ortsauschüsse, so in Darmstadt, Mainz, Offenbach, Friedberg u. s. f. In den hierüber vorliegenden Eingaben werden neben der Bitte um Beschleunigung genehmigter oder geplanter Bauausführungen verschiedene Wünsche hinsichtlich des Verfahrens bei demnächstigen Arbeitsvergebungen vorgetragen. Es handelt sich namentlich um Heranziehung des einheimischen, leistungsfähigen Gewerbes und seiner Ortsverbände, um Ausschluß von Schleuderangeboten, gründliche Veranschlagung auch im Hinblick auf die zurzeit erhöhten Herstellungskosten und auf die Arbeiterschutzbeträge, um die Verpflichtung der Arbeitgeber zur Einhaltung der tariflichen und ortsüblichen Arbeitsbedingungen sowie um gleichmäßige Verteilung der Arbeiten.

Dieses Gesichtspunkte ist zwar in dem Verbindungserlaß von 1898 und seinen Ausführungs-Vorschriften schon Rechnung getragen. Bei der gegenwärtigen schwierigen Geschäftslage erscheint es uns jedoch angebracht, Ihr Augenmerk besonders darauf hinzuwenden und Ihnen zu empfehlen, bei Vergabe der Bauarbeiten und Lieferungen alle zur Erhaltung des ortsansässigen und leistungsfähigen Handwerks getroffenen Anordnungen einzuhalten und gegebenenfalls hierbei auch mit den bestehenden handwerklichen Einrichtungen (Ortsauschüssen u. s. f.) in geeignetes Benehmen zu treten.

Fürstlich Bippisches Staatsministerium vom 18. April 1915 — 1280 a —: Der Kriegsarbeitsgemeinschaft erwidert das Staatsministerium, daß den in der Eingabe vom 31. Oktober v. J. ausgesprochenen Wünschen nach Möglichkeit Rechnung getragen wird.

Königlich Bayerisches Staatsministerium des Innern vom 25. April 1915 — 148b 119 —: Ihre Eingabe vom 31. Oktober 1914, die eine ausdrückliche Bescheinigung nicht erbat, vielmehr als allgemeine Anregung zu betrachten war, wurde mit den übrigen Eingaben von Arbeitgeber- und Arbeitnehmervereinigungen des Baugewerbes eingehend gewürdigt und blieb bei den Maßnahmen der Staatsregierung nicht unberücksichtigt. Die Ziele der Bestrebungen der Staatsregierung wollen Sie aus der in Abdruck beliegenden Entschließung von heute an den Bezirksauschuss der Kriegsarbeitsgemeinschaft für die Pfalz ersuchen.

Anlage. In den Bezirksauschuss der Kriegsarbeitsgemeinschaft der Pfalz. Von der Bildung der Kriegsarbeitsgemeinschaften des Baugewerbes und ihrer bisherigen verdienstlichen Wirksamkeit hat die Staatsregierung mit Genugtuung Kenntnis genommen. Die Verbände, die sich in solcher Weise zu einerträglicher Förderung und Schonung der gegenseitigen Interessen und zur Erhaltung des Tariffriedens verbunden, haben sich damit nicht gering zu schätzende Verdienste auch um das Vaterland erworben.

Zu den einzelnen Darlegungen des pfälzischen Bezirksauschusses der Kriegsarbeitsgemeinschaft bemerke ich im Einvernehmen mit den übrigen beteiligten Staatsministerien: Der Bitte, daß die durch den Haushaltsplan genehmigten öffentlichen Bauten mit Beschleunigung ausgeführt, dann, daß weitere Mittel bereitgestellt werden, endlich, daß auch für Bauarbeiten nach dem Kriege Vorkehrungen getroffen werden, ist, soweit der Staat selbst als Auftragsgeber in Betracht kommt, bereits in weitem Umfange Rechnung getragen. Die Staatsregierung hat sich wie bekannt entschlossen, die im Finanzgesetz bewilligten Mittel für Neubauten und Bauunterhaltungsarbeiten so schnell als möglich zu verwenden, dann bei weiterem unabweisbarem sachlichen Bedürfnis auch über den Rahmen des Finanzgesetzes hinaus solche Hoch- und Tiefbauten, für welche die grundsätzliche Zustimmung des Landtags durch Bewilligung von Teilbeträgen bereits zum Ausdruck gekommen ist, zu fördern und dringliche Bauunterhaltungsarbeiten auszuführen. Endlich sind die Behörden bereits damit beschäftigt, weitere Bauarbeiten für den Fall eines weiteren unumgänglich notwendigen Bedarfes, sei es im Kriege, sei es alsbald nach dessen Ende, vorzubereiten.

Auch auf die Bautätigkeit der Kreise, Distrikte, Gemeinden, Kirchenstiftungen und Kirchengemeinden hat die Staatsregierung nach Möglichkeit fördernd einzuwirken gesucht. Sie hat in wiederholten Ausschreiben und Besprechungen darauf hingewiesen, wie wichtig der ungestörte Fortgang unserer Volkswirtschaft und damit die Fortführung der in Angriff oder in Aussicht genommenen Arbeiten und Aufträge ist. Sie hat sich weiter um die Beschaffung billigen Kredits bemüht und hierzu die Landesversicherungsanstalten veranlaßt, Gemeinden für öffentliche Arbeiten, die größerer Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken geeignet sind, billige Darlehen zu dem Zinsfuß, wie er vor dem Kriege bestand, in sehr beträchtlichen Beträgen vorzusetzen; des weiteren übernimmt die Kgl. Versicherungskammer auf Veranlassung der Staatsregierung Rentenscheine der Landeskultur-Rentenanstalt unter billigen Bedingungen zugunsten der Gemeinden, die zu neu auszuführenden Kleinwohnungsbauten für sich selbst oder für Genossenschaften Landeskultur-Rentendarlehen aufnehmen.

Auf dem Gebiete der Vergabe geben wohl schon die bestehenden Vorschriften genügend Handhaben, Mißstände auszuschließen. Der öffentliche Wettbewerb aber kann um einer dem Arbeitsmarkt angemessenen Preisbildung willen und wegen gleichmäßiger Behandlung der Arbeitslosen nicht ausgeschlossen werden. Schleuderangebote werden bei Vergabungen nicht berücksichtigt. Die Kriegsarbeitsgemeinschaft kann sich verdient machen, wenn sie mit den Behörden vertrauensvolles Zusammenwirken pflegt und diesen ihre Wahrnehmungen über Wünsche des Verbindungswesens rückhaltlos mitteilt. Der weitere Ausbau der Vergabevorschriften ist in Behandlung.

Im übrigen nimmt die staatliche und auch die gesamte öffentliche Bautätigkeit nur einen verhältnismäßig bescheidenen Raum im Rahmen der gesamten Bautätigkeit ein; nachhaltige

umfassende Hilfe für das Baugewerbe ist daher nur vom Wiedereinsetzen starker privater Bautätigkeit zu erwarten. Die Frage, wie diese finanziell gefördert werden kann, bildet den Gegenstand meiner besonderen Sorge.

geg. Dr. Frhr. v. Soden.

Don unsern Kollegen im Felde.

Von Cuxhaven wird mitgeteilt, daß der Kollege Robert Dlicovski am 8. Mai das Eisene Kreuz erhalten hat. — Die Filiale Wiesbaden teilt mit, daß der Kollege Wilh. Mathes für besondere Tapferkeit das Eisene Kreuz zweiter Klasse erhalten hat. — Kollege Wilh. Heuberger von der Filiale Rempfen erhielt das Eisene Kreuz zweiter Klasse und das Bayerische Verdienstkreuz zweiter Klasse mit Krone und Schwertern.

Aus Unternehmerkreisen.

Unterm Burgfrieden. Der „Frankfurter Volksstimme“ ist folgender Brief zugesandt worden:

Ablenker vom. Heinrich Klever N.G. Abteilung Sekretariat.

Frankfurt a. M., ... Mai 1915.

Herrn.....

Vertraulich. Der bei Ihnen angeblich vom 8. 1. 12 bis 1. 11. 14 beschäftigt gewesene..... (folgt Beruf und Name) bewirbt sich bei uns um Arbeit. Wir fragen daher ergebenst bei Ihnen an, ob Genannter ein tüchtiger und zuverlässiger Arbeiter ist, wie sein Betragen bei Ihnen war und besonders ob er kein Aufwiegler, Heher oder dergleichen ist.

Für Ihre gest. Bemühungen sagen wir im voraus verbindlichsten Dank und verichern Sie strengster Diskretion. Zu Gegendienstleistungen gern bereit, zeichnen wir Hochachtungsvoll

Ablenker vom. Heinrich Klever N.G. (Unterschrift unleserlich.)

Das Schreiben zeigt, daß die Ablenker das System der Erkundigung über einflussreiche Arbeiter, das sie vor dem Krieg praktiziert haben, auch während des Krieges weiter üben. Es genügt Ihnen nicht, zu wissen, ob die einzustellenden Arbeiter tüchtig und leistungsfähig sind, nein, sie erkundigen sich auch danach, ob sie keine „Aufwiegler“, „Heher“ oder dergleichen sind. Unter „Aufwiegler“ und „Heher“ verstehen die meisten Unternehmer gemeinlich die organisierten, sozialdemokratisch denkenden Arbeiter, die bestrebt sind, Arbeitskollegen und Kameraden der Werkstätte zum Beitritt zur Organisation zu bewegen. Um die organisatorische Tätigkeit dieser „Aufwiegler“ und „Heher“ einigermaßen lahmzulegen, haben größere Unternehmer es sich in den letzten Jahren viel Geld kosten lassen und die gelben Organisationen geschaffen. Diese gelben Wertvereine werden, wie wir wissen, auch während des Krieges gehobt und gepflegt, damit sie nach dem Kriege eventuell wieder gegen die Gewerkschaften ausgespielt werden können. Die Arbeiter sehen daraus, wie notwendig es ist, auch während des Krieges den Organisationen treu zu bleiben, damit diese auch nach dem Kriege imstande sind, etwelche Versuche, die Arbeiterrechte anzutasten, mit Erfolg abzuweisen.

Gewerkschaftliches.

Die Berliner Gewerkschaftskommission (Gewerkschaftsartell) feierte am 15. Mai das Fest ihres fünfundsiebzigjährigen Bestehens. Sie ist das zuerst gegründete Gewerkschaftsartell Deutschlands, das unter dem Namen „Central-Stein-Kontrollkommission“ 1800 ins Leben trat und später seinen jetzigen Titel annahm. Bis zum Jahre 1899 waren der Gewerkschaftskommission auch die Gewerkschaften lokaler Richtung angeschlossen, wo diese existierten. Am Schlusse des Jahres 1913 gehörten der Gewerkschaftskommission 51 Gewerkschaften mit 302 052 Mitgliedern an. In einer kleinen, lehrreichen Schrift: „25 Jahre Berliner Gewerkschaftskommission“ hat Johannes Sassenbach den Werdegang und das Wirken der Kommission geschildert.

Sozialpolitisches.

Sorgen eines Nittergutsbesizers. Die „Kriegsarbeitsgemeinschaft“ ist fortgesetzt tätig, um einer größeren Arbeitslosigkeit in den Bauberufen rechtzeitig zu begegnen. Man begnügt sich hierbei nicht nur mit Eingaben an die Behörden, sondern die Ortsausschüsse wenden sich auch an private Auftraggeber. Welches Verständnis man diesem gemeinnützigen Bestreben teilweise entgegenbringt, zeigt folgendes Antwortschreiben eines mecklenburgischen Nittergutsbesizers, das wir der Volkszeitung entnehmen.

„Ich erhielt das Schreiben der Kriegsarbeitsgemeinschaft, betreffend die allgemeine Behebung der Bautätigkeit. Daraufhin möchte ich mir erlauben, folgendes zu erwidern. Soweit ich habe beobachten können, ist die Bautätigkeit auf dem Lande seit Jahren durchgängig möglichst eingeschränkt worden, weil die durch die sozialdemokratischen Organisationen bestimmten hohen Preise für die Bauarbeiten nicht mehr zu bezahlen waren. — Wenn nun jetzt eine Arbeitslosigkeit eintritt, so dürfte wohl das beste Mittel sein, dieselbe durch Herabsetzung der Studententöne zu beheben. ... Der Landwirt, dem von Staats wegen die von ihm gebauten Produkte, die er notwendig zur Erhaltung seiner Zugtiere und seines für die Wirtschaft erforderlichen Viehbestandes gebraucht, genommen werden zu einem Preise, für den er nicht annähernd Ersatzmittel bekommen kann, ist in einer viel schwierigeren Lage und hat kein Mittel, gegen diese Ungerechtigkeit irgendwie erfolgreich vorgehen zu können. Als eine Ungerechtigkeit muß es bezeichnet werden, wenn dem Hafer produzierenden Landmann derselbe zu einem bestimmten Preise abgenommen wird, damit jeder Pferdebesitzer, der selber keinen Hafer baut, dasselbe Quantum Hafer für seine Pferde zu dem selbigeften Preise kaufen kann, was für Pferde zu füttern, dem Landwirt auch nur erlaubt ist. — Nachdem

solche rigorosen Bestimmungen erlassen sind, wodurch allein der Landwirt auf das härteste — zugunsten anderer Bevölkerungsschichten — geschädigt wird, kann man unmöglich von ihm irgendwelches Interesse für andere durch den Krieg leidende Gewerbebezüge erwarten. Ich glaube, es ist Pflicht eines jeden Landwirts, unter den obwaltenden Umständen alles zu vermeiden, was Kosten verursacht, solange es irgend möglich ist.“

Die Kriegstagung der deutschen Verbraucher.

Zu einer eindrucksvollen Kundgebung gestaltete sich die am Sonntag, 16. Mai, in der „Victoriabrauerei“, Altkönigsstraße, zu Berlin vom Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen abgehaltene Konferenz. Die dem Ausschuss angeschlossenen 80 Zentralorganisationen der Arbeiter, Angestellten, Reichs-, Staats- und Gemeindebeamten, Frauen und verschiedener gemeinnütziger sozialpolitischer Vereinigungen aus sämtlichen politischen und religiösen Lagern, ferner die am Sitz der Generalkommandos und sonstigen bedeutenden Orten bestehenden 20 Bezirksausschüsse mit 18 Ortsausschüssen hatten ihre Delegierten entsandt. Der Geschäftsbericht des Vorsitzenden, Reichstagsabgeordneten Robert Schmidt, bot ein interessantes Bild über die Organisationsarbeit und die Entwicklung der deutschen Konsumentenbewegung, die heute von mehr als sieben Millionen Mitgliedern, mit Angehörigen also 26 Millionen Verbrauchern oder einem Drittel des deutschen Volkes getragen wird. Mit einer Reihe außerstehender Verbände schweben die Verhandlungen zwecks Anschlusses noch und dürften bald zum Abschluß gelangen. Gegen den Kriegsausschuß haben sich der Verband junger Drogisten durch seinen Austritt sowie der Verband katholischer kaufmännischer Vereinigungen, der bei der Gründungsversammlung des Kriegsausschusses für Konsumenteninteressen vertreten war, durch ein Rundschreiben an seine Vereine gewandt. Darin kommt der gleiche Geist wie in den Auslassungen der konsumentenfeindlichen „Mabattsparevereins-Zeitung“, dem „Drogenhändler“, der „Degrofa“ usw. zum Ausdruck. Einige Verbände halten sich bedauerlicherweise aus Furcht vor einer Verletzung ihrer Mitglieder mit andern Ständen und Richtungen noch fern. Die Presse hat sich im allgemeinen den Veröffentlichungen des Kriegsausschusses für Konsumenteninteressen gegenüber sehr zugänglich gezeigt. Eine große Zahl von Mitarbeitern aus der Wissenschaft, dem Handel, der Landwirtschaft und dem Handwerk wurde zu den Beratungen über wichtige Maßnahmen hinzugezogen. Ein Beweis für die Sinnfälligkeit des vielfach erhobenen Vorwurfs der Einseitigkeit der Interessensvertretung durch den Ausschuss. Auch die Bezirks- und Ortsausschüsse im ganzen Reich haben vielfach Hervorragendes in der Propagierung und Festigung der Bewegung geleistet. Ueber die volkswirtschaftliche Tätigkeit des Kriegsausschusses hielt Universitätsprofessor Dr. Waldbemar Zimmermann einen eindrucksvollen Vortrag. Er führte aus, daß die Gründung des Kriegsausschusses aus dem Bestreben hervorgegangen ist, gegenüber dem Nahrungsmangel Englands die Durchhaltung zu organisieren und eine angemessene Preisgestaltung der vorhandenen Nahrungsmittel zu erstreben. Ihm fiel die Aufgabe zu, gegenüber den Bestrebungen in Regierungskreisen, die Einschränkung im Verbrauch durch eine Heraushebung der Warenpreise zu erzielen, entgegenzuarbeiten und diese Sparpreispolitik durch eine Beschlagnahmepolitik zu bekämpfen. Diese Politik hat der Ausschuss durch Besprechungen mit der Regierung, durch Denkschriften, große öffentliche Kundgebungen und statistische Erhebungen sowie sonstige Selbsthilfemaßnahmen energisch verfolgt. Er kann die bald nach Aufnahme seiner Tätigkeit erfolgte Brotgetreide-Beschlagnahme als seinen ersten großen Erfolg vermerken. Mit gleicher Entschiedenheit, aber mit wechselndem Glück wurde die Sparpreispolitik der Regierung bei den Kartoffeln und beim Fleisch bekämpft. Auch in der Frage einer stärkeren Verwendung von Magermilch und Zucker, eines Verbots der Schnapsbrennerei, der Befreiung der Reichslage der Kriegerfamilien im Mietvertrage, der Abwehr einer Kürzung von Gehältern und Löhnen usw. wurde zugunsten der Verbraucher mit Nachdruck gewirkt. Die Aussprache über beide Vorträge brachte außer der einstimmigen Billigung der Vorstandsmaßnahmen eine Reihe wichtiger Anregungen. Ferner erstatteten die Bezirksorganisationen Berichte über ihre umfangreichen Arbeiten in der Provinz. An diesen Erörterungen beteiligten sich Geheimrat Justizrat Professor Dr. Erman-Münster, Dr. Gotthoff-Düsseldorf, D. lic. Weber-Wann, Dr. Bornstein-Leipzig, Bauer-München, Biske-Dresden, Decker-Stettin, Geufert-Karlsruhe, Junke-München, Wiersel-Essen, Schäfer-Cöln und Agnes Herrmann-Berlin. Wiederholt wurde hervorgehoben, daß entgegen der von interessierten Stellen verbreiteten Auffassung der Kriegsausschuß nicht mittelstandsfeindlich sei. Nur gegen die Auswüchse des Geschäftslebens während des Krieges werde wie bisher energisch Front gemacht. Der solide Geschäftsmann, der angemessene Preise fordere, brauche in der Konsumentenorganisation keinen Gegner zu erblicken. Zum Schluß empfahl im Auftrage des Gesamtvorstandes Reichs- und Landtagsabgeordneter Wiesberts die Fortführung und Weiterfinanzierung der Bewegung zunächst bis zum 31. Dezember. Nach kurzen Erklärungen von Leffler-Berlin, Robert Schmidt-Berlin, Silbebrandt-Berlin und Fischer-Berlin wurde der Vorschlag einstimmig gutgeheißen. Sodann sprach Geheimrat Professor Dr. Junk-Berlin über das Thema: „Die Sicherung der künftigen Ernte für die Konsumenten.“ Seine überaus beachtenswerten und mit lebhaftem Interesse verfolgten Ausführungen finden in den untenstehenden Richtlinien des Gesamtvorstandes ihren wesentlichsten Ausdruck. Hervorgehoben zu werden verdient noch sein Hinweis auf die Möglichkeit, daß wir mit unserer voraussichtlich nur mittelguten Getreideernte auskommen können, wenn ein sofortiges Verbot der Verfütterung erlassen wird. Außerdem müsse energisch zur künstlichen Trocknung wie in andern Ländern geschritten werden. Eine Erhöhung der Produktion für die schwerarbeitende Bevölkerung, besonders für die Landarbeiter, sei dringend zu wünschen. Dem Futtermangel könne durch Trocknung von Blättern aller Art in großem Maßstabe abgeholfen werden. Der wegen etwa 30 pZt. geringer Hübenanbauten wesentlich knappere Zuckervorrat müsse im Hinblick auf seine große Bedeutung bei der Volksernährung durch Höchstpreise in Groß- und Kleinhandel für den menschlichen Bedarf gegen die Spekulation gesichert werden. Die Streckung der Getreidevorräte durch Kartoffeln will der Vortragende beibehalten

wissen, ferner soll sofort nach der Ernte mit der Herstellung getrockneter Kartoffelprodukte begonnen werden. Selbst bei unglücklicher Kartoffelernte sei ein großer Ueberschuß über den menschlichen Bedarf vorhanden. Dieser könne unter scharfer Kontrolle des Schweinebestandes und bei Festlegung eines angemessenen Preisverhältnisses zwischen Schweinen und Kartoffeln zur Fütterung benützt werden. Zur Schonung der Kartoffelvorräte soll die Herstellung von Spirit aus Holz und ähnlichen Stoffen begünstigt werden. Als Ersatz für Fleisch läme die heute in großen Mengen verfütterte Magermilch in Betracht. Schließlich wandte sich der Vortragende gegen die Forderung nach Normalpreisen auf Grund des Ergebnisses der letzten drei Jahre und eines Zuschlages von 10 pZt. Er verlangte die rechtzeitige Festlegung der Preise nach Anhören von Sachverständigen und Vertretern aller beteiligten Kreise. Dem Vortrage folgte allseitiger lebhafter Beifall. In der Diskussion vertrat Justizrat Eichenbach den Standpunkt des Deutschen Landwirtschaftsrats, Rechtsanwalt Dr. Oppenheimer die Kriegsgetreidegesellschaft, Wamser die Zentralkauf-Gesellschaft. Außer diesen Gästen nahmen an der Tagung noch teil Professor Dr. Carl Oppenheimer und Direktor Dr. Kucynski-Schöneberg. Für die Konsumenten sprachen Professor Erman-Münster, v. Gerlach-Berlin, Professor Ballob-Berlin, Schack-Cöln, Dr. Bornstein-Leipzig, Bauer-München, Decker-Berlin und Hoffmann-Magdeburg. Das Leitmotiv ihrer Reden war die Forderung, daß der Krieg eine Last für die Gesamtheit, kein Grund für den einzelnen zur Veräberung und zur Ausnutzung seiner Mitbürger sein dürfe. Schließlich fanden die folgenden Punkte für die deutsche Ernährungspolitik im neuen Erntejahr mit den von Dr. Gotthoff und v. Gerlach vorgeschlagenen Ergänzungen einstimmige Annahme:

I. Sicherstellung ausreichender Menschenernährung (vor dem Vieh) zu erträglichen Preisen. a) Beschlagnahme hinreichender Mengen von Brotgetreide, Hafer, Gerste, Hülsenfrüchten sowie von Kartoffeln auf Großglutern für den Jahresbedarf von 70 Millionen Menschen; öffentliche Verteilungs- und Sicherungsbefugnisse für andere elementare Massenbedarfsartikel wie Magermilch, Butter (bei Mangel sonstiger Fetts), Fleischvieh, Zucker usw. auf Grund eines physiologischen Mindestbedarfsplanes. b) Fortführung und gegebenenfalls Weiterbildung des gemeinwirtschaftlichen Verteilungsverfahrens nach Kopfmenge für Brot usw. c) Systematische Durchbildung der Höchstpreisfestsetzung für Produzenten und Händler (prozentuale Vermittlungsvergütung) mit zeitlich gestaffelten Lagerungszuschlägen. Verkaufszwang. Vorkaufrechte für Gemeinden, gemeinnützige Anstalten usw. Eisenbahntarifpolitik. Reichsvergütungen für Auslandsbezüge. Rücksichtslose Anwendung der Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches (§ 188) und des Reichsstrafgesetzbuches (§ 288 und § 302a) gegen wucherische Ausbeutung der Notlage des Reiches und seiner Bürger. d) Systematische Herstellung und Aufspeicherung von Dauervorräten, Düngemitteln, Trockenkartoffeln usw. Beschränkung der Trinkbrauwein- und Biererzeugung. Pflege der öffentlichen Bürgerverpflegung. Einschränkung des „Streckens“ wichtiger Lebensmittel.

II. Öffentliche Ordnung der Viehhaltung und der Futtermittelversorgung.

III. Voraussetzungen: Errichtung einer Reichsernährungsbehörde im Zusammenwirken mit selbständigen Behörden für dezentralisiert verwaltete einheitliche Wirtschaftsbezirke in den einzelnen Reichsgebieten. Zuziehung der Konsumentenvertretungen bei allen Maßnahmen der Behörden in der Ernährungsfrage, Förderung der Ernteerzeugung und Einbringung mit geldlichen, technischen und organisatorischen Reichsmitteln. Sorgsamste Ernteschätzung. Bestandsaufnahmen für sämtliche wichtigen Nahrungs- und Futtermittel wie für landwirtschaftliche Betriebsstoffe in ständiger Wiederholung, zum ersten Male sofort nach der Ernte, mit Deklarationszwang und schärfsten Strafbestimmungen für Falschmeldungen. Einziehung der verschwiegenen Vorräte. Errichtung städtischer Lebensmittelämter in allen größeren Gemeinden.

Der Vorsitzende schloß dann den glänzend und fruchtbar verlaufenen Kongreß mit dem Wunsche, daß die zutage getretene reifliche Uebereinstimmung familiärer Anhänger der Konsumentenbewegung über alle wichtigen Fragen auch weiterhin zum Segen der deutschen Verbraucher bestehen bleiben und die Organisation zu weiteren Erfolgen führen möge.

Genossenschaftliches.

Die Gemeinnützigkeit der Konsumvereine hebt der bekannte Hamburger Genossenschaftstheoretiker Dr. Deumer in einem Aufsatz in der Zeitschrift „Recht und Wirtschaft“ wie folgt hervor:

Schon der Grundsatz der Gemeinnützigkeit hält der Genossenschaftswirtschaft Bestrebungen fern, die wegen der Erwerbsintensität kapitalistischer Unternehmungen oft zu Auswüchsen führen, die man in Händler- und Krämerkreisen in den ersten Kriegstagen bis zur Einführung von Höchstpreisen beobachten konnte und über die man sich auch jetzt noch für Artikel, deren Preise nicht gesetzlich begrenzt werden, ja sogar bei Preissteigerungen beklagt. Wäre einer gesamter Konsum an Lebensunterhaltungsbedürfnissen genossenschaftlich organisiert gewesen, so hätte es der gesetzlichen Festlegung von Höchstpreisen gar nicht bedurft; denn da die Mitglieder einer Genossenschaft als Inhaber und Träger des Unternehmens zugleich deren alleinige Kunden sind, würde ein Konsumverein, der höhere Preise als marktgängig aus Selbstsucht anziet, nur seine eigenen Mitglieder, also sich selbst überworteilen, beziehungsweise es würde der höhere Preis den Mitgliedern am Jahreschlusse nach den Grundsätzen der genossenschaftlichen Gewinnverteilung, also nach Maßgabe der Quanspruchnahme des genossenschaftlichen Betriebes, das heißt nach der Warenentnahme aus dem Konsumverein, als Ersparnisse am Einkaufspreise in Form der Dividende wieder rückvergütet werden.

Die hier vertretene Auffassung wird hoffentlich bald weitere Fortschritte in allen sozial denkenden Kreisen machen.

Die Schäden des Borgunwesens sind allbekannt. In einem mitteldeutschen Bezirk sind Feststellungen darüber gemacht, wieviel Familien in den letzten zwei Jahren gepfändet worden sind. Es ergab sich das überraschende Resultat, daß von den 3200 vorhandenen Familien allein 550 durch den

Gerichtsvollzieher wegen rückständiger Forderungen für Lebensmittel und Kleidung gepfändet wurden. Das sind 20 pct. aller vorhandenen Familien. Die Feststellungen wurden auch darauf ausgedehnt, wie oft die Pfändungen in den einzelnen Familien in dem vorgenannten Zeitraum erfolgten. Auch da ergibt sich eine geradezu abnorm hohe Zahl von Pfändungen, die auf die einzelnen Familien entfällt. Die Feststellungen sprechen wirklich eine vernichtende Sprache. Das Fazit ist folgendes: erst teure und oft schlechte Ware; ist die Einhaltung der eingegangenen Verpflichtungen nicht möglich, Gerichtskosten und sonstige Scherereien, wodurch die Ware noch um einige hundert Prozent teurer wird. Wie segensreich könnte hier ein Konsumverein wirken, wenn den Konsumenten die Augen geöffnet würden! Das auch die Gewerkschaften an der Beseitigung des Übels lebhaft interessiert sind, liegt auf der Hand. Der in Schuldnechtschaft geratene Arbeiter ist ein unzuverlässiger Soldat im gewerkschaftlichen Kampfe.

Verschiedenes.

Neues für Briefmarkensammler. Für die besetzten Gebiete Russisch-Polens hat das Deutsche Reich soeben neue Postwertzeichen herausgegeben. Man kann nicht gerade sagen „neue“, denn die kufferehenden deutschen Reichspostmarken sind in der gleichen Weise wie die Marken von Deutsch-Belgien mit dem Aufdruck „Russisch-Polen“ versehen. Der Aufdruck verläuft quer und zweizeilig. Ueber die Ausgabe dieser Marken ist vorher nichts verlautbar geworden; sie kam vielmehr völlig überraschend und wird in den beteiligten Kreisen nicht ungewöhnliches Aufsehen hervorrufen. Vorläufig sind die Werte zu 3, 5, 10, 20 und 40 Pf. veräußert und außerdem einfache Postkarten zu 5 Pf. und Antwortkarten zu 5 und 10 Pf. In das eintönige Bild der Germania bringt der Aufdruck etwas Leben. Sämtliche Postwertzeichen stehen auch beim Kaiserlichen Briefpostamt Berlin C 2 zum Verkauf. Es bleibt zu erwarten, daß nach den Marken von Deutsch-Russisch-Polen starke Nachfrage sein wird, zumal das Deutsche Reich mit der Herausgabe neuer Marken noch immer zurückhält. Das Schaubek-Album (Verlag von C. F. Beck in Leipzig) wird nicht veräumen, diese neuen Marken in seine neue Auflage, die übrigens in Vorbereitung ist, aufzunehmen.

Fachtechnisches.

Patentsachen. Vom Patentbureau O. Krueger & Co., Dresden, Schloßstr. 2. Abschriften billigt. Auskünfte frei. Erteilte Patente: Kl. 75c. 283 632. Verfahren und Vorrichtung zum Sammeln von vorbeisprühender Farbe. Rud. Koppisch, Leipzig. Ang. 8. 7. 14. — Kl. 75c. 288 700. Verfahren zur Herstellung ein- oder mehrfarbiger Verzierungen in Relief- oder Stichmanier usw. Alb. Seiter, Pforzheim i. B. Ang. 14. 8. 13. — Kl. 75c. 284 527. Verfahren zur Herstellung eines hochglänzenden Leberjuges auf Platalen oder ähnlichen Gegenständen. Ernst Bergerhoff, Dresden. Ang. 27. 9. 14. — Kl. 75c. 284 831. Tubenordner für Mal- und andere Zwecke. Hch. Orav, Charlottenburg. Ang. 1. 8. 14. Angemeldete Patente: Kl. 37d. H. 66 576. Prägenvorrichtung zur Herstellung von Prekupverzierungen mit Hilfe einer biegsamen Form. Frau Johanna Marg. Hermann und Jaf. Ad. Hermann, Offenbach. Ang. 28. 5. 14. — Kl. 75c. L. 41 845. Verfahren und Vorrichtung zum Verspritzen von Farben usw. Leipziger Langiermanier Alex. Grube, Leipzig. Ang. 9. 4. 14.

Dunkelgrüne Eisenbahnwagen. Bei der preussisch-belgischen Eisenbahnverwaltung besteht seit einigen Jahren das Bestreben, bei den Personenwagen und Personenzügen eine größere Einheitlichkeit und bessere Leberlichkeit zu gewinnen dadurch, daß die Personenwagen einen einheitlichen grünen Anstrich erhalten. Bisher war das bekanntlich nicht der Fall, sondern die Wagen der dritten Klasse hatten eine braunrote und die Wagen der vierten Klasse eine graue Farbe. Zur Unterscheidung der verschiedenen Wagenklassen werden seit einiger Zeit Emailleleisler mit weißen arabischen Ziffern auf schwarzem Grunde verwendet, die bei allen Erneuerungen von Personenwagen eingeführt werden. Es werden demnach künftig alle der Personenbeförderung dienenden Wagen sowie die zu Personenzügen gehörigen Gepäckwagen einen einheitlichen dunkelgrünen Anstrich erhalten.

Bis diese Entschließung durchgeführt ist, werden allerdings noch Jahre vergehen, indem etwa 50 000 Wagen dabei in Frage kommen.

Ferner sollen die geeigneten zweischichtigen Güterwagen, die für die Einstellung in Personen- und Militärzüge Verwendung finden, einen weissen Anstrich erhalten. Diese Maßnahme hat sich als zweckmäßig erwiesen, weil in den Güterwagen für Personenzüge oft wärmeempfindliche Güter, besonders Nahrungsmittel, befördert werden. Der weisse Anstrich hat bekanntlich die Wirkung, die Sonnenstrahlen abzuschwächen und hat sich bisher schon bei bestimmten Güterwagen bewährt.

Die Abnutzung unseres Eisenbahnmateriale während des Krieges ist erklärlicherweise wesentlich größer als in Friedenszeiten, so daß auch die Reparaturarbeiten, insbesondere die Ausgaben für Neuankäufe, ganz erheblich größer werden. Man kann sich darüber ein Bild machen, wenn wir anführen, daß schon in normalen Zeiten für Werkstattmaterial an Lacken und Farben jährlich etwa vier Millionen Mark ausgegeben werden.

Literarisches.

Diehgen-Dreibler für Naturmonisten. Verlag der Diehgen'schen Philosophie, München, Blütenstraße 2. Gebunden M. 4. Werben und Entstehen der Kriegsverwundlung ist dem philosophisch erleuchteten Geiste kein so undurchdringliches Mysterium wie dem unphilosophischen Kopfe; und die unsern Arbeiterführern obliegende Aufgabe zur Ermittlung der Bahnen für unsere Tätigkeit nach dem Kriege läßt sich durch Schulung der Massen in logischem Denken leichter lösen als durch bloße Propaganda von Parteistichworten, die, wie alles in der Welt, mit der Zeit und unter veränderten Umständen gänzlich oder teilweise unbrauchbar werden. Die auf Diehgen's Lehre vom „Univerbalsammenhang“ (Zusammenhang aller Dinge im Univerbium) beruhende Logik bietet dagegen in ihrer Anwendung den sichersten Kompaß für unsere Taktik. Eugen Diehgen hat nun zur Verbreitung der in Josef Diehgen's sämtlichen Schriften enthaltenen Hauptlehren ein Diehgen-Dreibler für Naturmonisten (429 Seiten) herausgegeben, das die prinzipielle und angewandte Erkenntnislehre Josef Diehgen's in ihren Kernsätzen wiedergibt. Zum Dreibler selbst hat der Herausgeber ein Vorwort geliefert, das „Diehgen und Kant“, „Diehgen und Marx“ kritisch behandelt. Wir können unsern Kollegen das „Dreibler“ zur Anschaffung für ihre Bibliothek nur empfehlen.

Das Luft-, Licht-(Sonnen-)Bad für Gesunde und Kranke nach dem neuesten Standpunkte der Wissenschaft sowie nach eigenen reichen Erfahrungen dargestellt von Dr. med. H. Kühner, Herzogl. Kreisphysikus z. D. (80 Pf.) Vierte Auflage. Hof-Verlag von Edmund Demme, Leipzig.

Großartig sind die Heilwirkungen des Luft- und Lichtbades, und wenn man bedenkt, daß dieses Bad das natürlichste und einfachste Bad darstellt, so kann man begreifen, daß es kein Sanatorium mehr gibt ohne Luft- und Lichtbad, und daß man ferner fast in jeder Stadt heute schon Gelegenheit hat, sich der Wohltat dieses Bades teilhaftig zu machen. Da jedoch Viele noch in Unkenntnis über die Art und Weise der Anwendung sowohl wie der Wirkung dabinleben und infolgedessen einen der wichtigsten und wirkungsvollsten Heilfaktoren zu ihrem eigenen Nachteil unbenußt lassen, so dürfte vorliegende, darüber aufklärende billige Schrift des bekannten Autors allseitig willkommen heißen werden.

Verband der deutschen Buchdrucker, Rechenschaftsberichte über 1914. Geschäftsbericht des Vorstandes über die Zeit vom 1. April 1914 bis 31. März 1915.

25 Jahre Korbmacher-Organisation. Ein Beitrag zur Korbmacherbewegung auf zentraler Grundlage in den Jahren 1889 bis 1914. Herausgegeben von der Zentral-Kommission der deutschen Korbmacher. 80 Seiten. Berlin 1915. Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiterverbandes G. m. b. H. Preis M. 1.

„Der praktische Geschäftsmann“. Taschenbuch für Geschäfts- und Gewerbetreibende. 104 Seiten. Kartontiert 80 Pf. — Gebunden, mit besonderem Tagesnotizbuch, Bleistiftfäße und Deckeltasche M. 1,50. (Verlag von H. G. Bartel, Berlin-Schöneberg.) Das soeben erschienene Taschenbuch bietet in anregender Weise praktische und leichtverständliche An-

leitungen zur Ausführung der Kalkulation sowie der Propaganda und Klame, der einfachen Buchführung und der geschäftlicher Korrespondenz, alles an Hand praktischer Beispiele mit fertigen Vorlagen und Briefmustern, auch für Eingaben an Behörden, für Steuerreklamationen, Klagen usw. Das Buch behandelt ferner: Bankverkehr — Gewerbegerichte — Kaufmannsgerichte — Mahnverfahren — Uebertragung von Forderungen — Verjährung — Verträge — Vollmacht — Wechselverkehr — Wettbewerb, unlauterer — Zeugnisse und Arbeitsbescheinigungen — Tabellen — Lohnlisten — Post- und Frachttarife — Münzen, Maße und Gewichte usw.

Der prägige Inhalt und die übersichtliche Gruppierung des Stoffes werden dem neuartigen, äußerst zeitgemäßen Taschenbuche eine beifällige Aufnahme sichern.

Vereinsteil.

Bekanntmachungen.

Vericht der Hauptkasse vom 22. bis 29. Mai.
Eingelandt haben für die Hauptkasse: Mannheim M. 600, Lübeck 500, Dessau 150, Leipzig 1000, Brandenburg 150, Wiesbaden 500.

Die Woche vom 6. bis 12. Juni ist die 23. Beitragswoche. H. Wenter, Kassierer.



Gedenktafel

für unsere im Kriege gefallenen Kollegen.

- Alexander, Christoph, Mitglied der Filiale Hamburg, geb. am 18. 1. 90 zu Fallenburg, seit 26. 2. 14 im Verband, fiel in Frankreich.
- Bell, August, Mitglied der Filiale Wiesbaden, geb. am 8. 8. 89 zu Wiesbaden, seit 27. 2. 08 im Verband, fiel in Frankreich.
- Bildebrandt, Franz, Mitglied der Filiale Hamburg, geb. am 30. 8. 84 zu Hamburg, seit 8. 8. 08 im Verband, fiel in Belgien.
- Hoffmann, Emil, Mitglied der Filiale Wiesbaden, geb. am 14. 11. 98 zu Wallrabenstein, seit 1. 5. 18 im Verband, fiel in Russland.
- Jenger, Erik, Mitglied der Filiale Herford, geb. am 10. 8. 88 zu Herford, seit 1. 7. 07 im Verband, fiel in Frankreich.
- Lieber, Hermann, Mitglied der Filiale Wiesbaden, geb. am 12. 2. 92 zu Wallrabenstein, seit 20. 8. 10 im Verband, fiel in Russland.
- Meier, August, Mitglied der Filiale Herford, geb. am 27. 8. 94 zu Herford, seit 2. 8. 18 im Verband, fiel in Frankreich.
- Plutat, August, Mitglied der Filiale Bremerhaven, geb. am 25. 12. 76 zu Lüft, seit 26. 7. 10 im Verband, fiel in Belgien.
- Rappenecker, Anton, Mitglied der Filiale Wiesbaden, geb. am 8. 8. 87 zu Frauenstein, seit 9. 5. 08 im Verband, fiel in Russland.
- Schneider, Julius, Mitglied der Filiale Wiesbaden, geb. am 12. 9. 85 zu Wallrabenstein, seit 12. 2. 08 im Verband, fiel in Frankreich.
- Wallter, Karl, Mitglied der Filiale Wiesbaden, geb. am 24. 5. 88 zu Kloppenheim, seit 29. 8. 04 im Verband, fiel in Frankreich.

Ghre Frem Audenten!

Der heutigen Nummer liegt die Nr. 22 des „Correspondenzblattes“ bei.

Grosses Sparsystem

Bezug von wenig getragenen Herrschaftskleidern!
Ich empfehle Jedermann, sich ohne Verbindlichkeit meinen grossen illustrierten Katalog über Herrenkleider, vom besten Publikum stammend, kostenlos und portofrei kommen zu lassen.

Anzüge in allen Formen Mk. 12,- bis Mk. 45,-
Überzieher und Ulster „ 6,- „ 40,-
Hosen „ 3,- „ 12,-

Jede, auch die kleinste Bestellung wird sorgfältig ausgeführt! Für nicht gefallende Waren sende ich anstandslos das Geld zurück.

L. Spielmann,

Versandhaus für wenig getragene Kavallerkleider,
München 113, Gärtnerplatz 1 u. 2.

Junger Malergehülfe

sofort gesucht.
A. Niemeyer, Niendorf.

Schablonenstanzeisen runde, ovale, gerade u. gebogene Stanzeisen. 1 Satz (48 Eisen) M. 18. Verlangen Sie Schnittprobe von Emil Klotzner, Dresden-N., Löbauer Straße 18.

Maler-Mäntel

110, 120, 130 cm lang
Hosen, Dreß-Jacken, Dreß-Hosen, Mützen, Kessel-Jacken
Oberweilen bitten angeben
D. Wurzel & Co., Berlin
Ordnungsstr. 18, 1. St.

Malerkalender 1915

Herausgegeben vom Vorstand des Verbandes
Die Reproduktionen werden erucht, ungehindert die Bestellungen entgegenzunehmen. Preis 50 Pf. pro Exemplar. Bei Bestellungen von mindestens 10 Exemplaren erhalten die Filialen des Stamms zu 45 Pf. Einzelbestellungen M. 10 Pf. Porto beifügen. Der Verbandsvorstand.

Verlag des Bibliographischen Instituts in Leipzig u. Wien

Atlas zum Kriegsschauplatz 1914/15. 18 Kartenblätter mit 28 Haupt- und 18 Nebentafeln aus Meyers Konversations-Lexikon. In Umschlag gebunden M. 50 Pfennig

Der Ausbruch des Weltkrieges 1914/15 in acht Hefen
Umschlag. In Umschlag 20 Pfennig

Kriegsgedichte 1914. Umschlag 75 Pfennig

Duden, Rechtschreibung d. deutschen Sprache und der Fremdwörter. Nach den für Deutschland, Österreich und die Schweiz gültigen amtlichen Regeln. Neu bearbeitet und vermehrt Auflage. In Bänden gebunden 2 Mark 50 Pfennig

Meyers Geographischer Handatlas. 121 Haupt- und 128 Nebentafeln nebst 5 Texttafeln und Namenregister. Vierte Auflage. In Bänden gebunden 15 Mark

Meyers Handlexikon des allgem. Wissens. Sechste Auflage. Umfaßt 100 000 Artikel und Verweisungen auf 1212 Seiten. In 12 Bänden. In Umschlag gebunden (davon 7 farbige Buchstaben). 32 Haupt- und 40 Nebentafeln, 36 farbige Texttafeln und 30 farbige Illustrationen. 2 Bände in Halbleder gebunden 22 Mark oder in 1 Halbdeckband gebunden 20 Mark